



DEUTSCHER FISCHEREI-VERBAND e. V.
Union der Berufs- und Angelfischer
Der Generalsekretär

Deutscher Fischerei-Verband e. V., Venusberg 36, 20459 Hamburg

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss
Herrn Vorsitzenden Christopher Vogt
Postfach 71 21
24171 Kiel

Kontakt:
Venusberg 36
20459 Hamburg
Telefon: +49 (0) 40 – 31 48 84
Fax: +49 (0) 40 – 319 44 49
info@deutscher-fischerei-verband.de

Vorab per E-Mail: wirtschaftsausschuss@landtag.de

Hamburg, 01.06.2015/us

Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD

Stellungnahme

Vorbemerkung:

Die Ernährungswirtschaft ist eine der zukünftigen Schlüsselbranchen für die Bewältigung globaler Herausforderungen angesichts wachsender Bevölkerungen und wachsender Ansprüche an die Qualität der Nahrung. Die Fraktion der SPD hat deshalb zu Recht und zum richtigen Zeitpunkt das Thema aufgegriffen. Schleswig-Holstein hat durch die naturräumlichen Gegebenheiten große Standortvorteile und dementsprechend große Potenziale, um eine leistungsstarke und wettbewerbsfähige Ernährungswirtschaft weiter zu entwickeln.

Die Antworten der Landesregierung zeigen jedoch, dass die Landesregierung die sich ergebenden Anforderungen an die politische Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für wettbewerbsfähige wirtschaftliche Tätigkeit nicht angemessen erkennt und demzufolge nicht in der Lage ist, zukunftsfähige Weichenstellungen zu vollziehen.

Die Befassung im Ausschuss könnte hierzu wegweisende Impulse geben. Wir bedanken uns für die Gelegenheit, durch unsere Stellungnahme einen Diskussionsbeitrag liefern zu können.

Dazu im Einzelnen:

S. 5 „Image von Produkten aus Schleswig-Holstein“

Eine repräsentative Verbraucherbefragung hat ergeben, dass Fisch/Meeresfrüchte an erster Stelle genannt werden, wenn nach spezifischen, landestypischen Produkten gefragt wird. Schleswig-Holstein ist das einzige Bundesland, das sowohl Nord- als auch Ostseeküste aufweist und darüber hinaus eine große Zahl von ertragreichen Binnengewässern.

Wenn die Landesregierung ernsthaft das „vorhandene positive Image von schleswig-holsteinischen Produkten“ nutzen will, dann stellt sich die Frage, warum das konkrete politische Handeln die wirtschaftliche Tätigkeit der Erzeuger so vielfältig beeinträchtigt wird, so dass die Erzeugung rückläufig ist und immer mehr Betriebe verschwinden. Verwaltung und Politik sind in erster Linie damit beschäftigt, Naturschutzauflagen zu organisieren, die den Betrieben eine auskömmliche Existenz immer schwerer machen. Moderne Entwicklungen in anderen Teilen der Welt können nicht mehr nachvollzogen werden. Das Alter der Kutterflotte und der Haupterwerbsfischer sind dafür ein anschaulicher Beleg. Beispiele für diese Politikfehler sind vielfältig. Für die Miesmuschelerzeugung sind laut Studie der Landesregierung 50.000 t Produktion möglich. Davon wird nicht einmal ein Viertel verwirklicht. Statt sich um die Ausschöpfung dieser Potenziale zu bemühen, wird mit allem zur Verfügung stehenden, naturschutzrechtlichen Instrumentarium die bestehende Muschelwirtschaft behindert, beeinträchtigt und zur Aufgabe von Flächen genötigt. Propagiert wird stattdessen ein Vorhaben in der Kieler Förde, bei dem eine Jahresproduktion von 2 t aktenkundig ist, mit der eine eigenständige wirtschaftliche Existenz eines Betriebes ohne massive staatliche Alimentierung nicht möglich ist.

An der Westküste wird Hafeninfrastuktur abgebaut mit der Schließung des Hafens Friedrichskoog. Nach einem Gutachten (zitiert in einem Konzept der Landesregierung) beträgt die Differenz der Kosten zwischen Schließung des Hafens und Weiterbetrieb 160.000 Euro p.a. Dem kann man gegenüberstellen, dass die Mittel für FÖJ-Träger (freiwilliges ökologisches Jahr) um 300.000 Euro p.a. angehoben wurden. Unlängst stellte die Landesregierung zusätzliche 100.000 Euro p.a. für Wolfsbetreuung bereit.

An der Ostseeküste strebt die Landesregierung ebenfalls eine Reduzierung der für den Fischfang verfügbaren Flächen an. Weil die sachliche Grundlage für eine gesetzgeberische Handlung fragwürdig war, hat das Umweltministerium den Entwurf für die entsprechende Küstentischereiereiordnung zurückgezogen und eine freiwillige Vereinbarung abgeschlossen, die die Belange der Fischerei ansatzweise berücksichtigt, aber trotzdem die Fischereimöglichkeiten einschränkt.

An Binnengewässern ist die fischereiliche Erzeugung durch Kormoranschäden an der Fischfauna massiv rückläufig. Auch hier bleibt die Landesregierung hinter anderen Bundesländern zurück, was die Abwehr von Schäden an der Fischfauna und der Fischereiwirtschaft betrifft.

Positiv zu bewerten sind die Bemühungen zur Stärkung des Aalbestandes durch Besatz. Die Defizite im Kormoranmanagement geben jedoch auch hier Anlass zur Sorge, dass vorhandene Potenziale nicht ausgenutzt werden.

Die Möglichkeit, sich als Fischland Nummer 1 in Deutschland zu profilieren und vom positiven Image in Form von Wirtschaftsleistung zu profitieren bleiben weitestgehend ungenutzt.

Die Kennzahlen belegen einen negativen Trend in der fischereilichen Urproduktion und die Maßnahmen der Regierung geben keinen Anlass zu der Annahme, dass eine Trendumkehr angestrebt wird.

S. 9 Bekannte „Highlights“ der Ernährungswirtschaft

Unter den „Highlights“ der schleswig-holsteinischen Ernährungswirtschaft in der Wahrnehmung außerhalb des Landes findet sich demzufolge kein fischereiliches Erzeugnis, obwohl „Fisch“ in der Verbraucherwahrnehmung im Ranking Platz 1 belegt hatte.

S. 9 ff. Ziele und Visionen

Die Visionen und Ziele der Landesregierung beinhalten keine Wachstumsziele im Bereich der Urproduktion allgemein. Im Bereich Fisch/Meeresfrüchte gibt es keine Nennungen. Es fällt auf, dass viele Nischenproduktionen („Abgekoppelt vom Weltmarkt“) genannt werden, die letztlich nur für elitäre Minderheiten verfügbar sind. Die Landesregierung verweigert sich damit einer ernsthaften Beteiligung an der Mitwirkung zur Lösung von globalen Herausforderungen. Anstatt „Weltmarkt und Wochenmarkt“ als Leitbild zu benennen, gehen die Ausführungen klar in Richtung Nische.

Auf die große Problematik des Flächenverlustes für Landwirtschaft reagiert die Landesregierung mit einer „Marktbeobachtung“ für Flächen und einer Erhöhung der Prämien für den Öko-Landbau.

S. 19 Betriebe in der Ernährungswirtschaft

Die Zahl der Abmeldungen von Betrieben in der Ernährungswirtschaft seit dem Jahr 2000 übersteigt die Anzahl der Neuanmeldungen.

Insgesamt fällt auf, dass die Antworten auf spezifischere Fragen in diesem Kontext verbalargumentativ bleibt und nicht mit harten Fakten in Bezug auf Produktions- und Erlösziffern argumentiert.

Die Problematik der Abwanderung in andere Bundesländer (MekPom, Niedersachsen) wird nicht berührt.

S. 20 Verhältnis von Urproduktion und Weiterverarbeitung

Es fehlen Angaben über den Fischereisektor/Fischprodukte.

S. 24 Betriebe und Betriebsgrößen

Die abnehmende Zahl von Betrieben wird hier bestätigt. Konzentrations- und Konsolidierungsprozesse sind nicht Ausdruck eines wachsenden Sektors.

S. 30 Neugründungen und Ansiedlungen von Betrieben

Über Neugründungen und „start ups“ im Bereich Fischwirtschaft gibt es keine Erkenntnisse.

S. 32 Landschaftsplanung und Ernährungswirtschaft

Die Landschaftsplanung dient ausschließlich der Konkretisierung der Ziele des Naturschutzes. Diese Ausrichtung ist in SH klar vorrangig. Möglichkeiten zur Unterstützung der Ernährungswirtschaft durch eine ausgewogene Landschaftsplanung bleiben ungenutzt.

Die Antwort macht schon deutlich, welche Rolle die Landschaftsplanung für die Ernährungswirtschaft spielt: Sie behindert zukunftsfähige Entwicklungen und stellt für flächenbedeutende Aktivitäten einen erheblichen Standortnachteil dar.

S. 35 Strukturvielfalt der ländlichen Räume als Standortvorteil nutzen

Die Antwort auf diese wichtige Frage bleibt unkonkret und zeigt die mangelnde Gestaltungsfähigkeit der Landesregierung in diesem Punkt. Es ist schon bezeichnend, wenn hier Ausstellungstätigkeit auf der Grünen Woche Berlin erwähnt werden muss.

S. 36 Cluster der Ernährungswirtschaft

Es fehlt das Kompetenznetzwerk Aquakultur (KNAQ).

S. 39 Europäische Vernetzungen

Es ist schon bezeichnend, wenn in der Antwort auf diese Frage zuerst der „Verein FEINHEIMISCH“ genannt wird. Offensichtlich sind europäische Vernetzungen von Betrieben und Vertretungen nicht besonders gut bekannt. Dies weist auf geringe ernährungswirtschaftliche Kompetenz der Landesregierung hin.

S. 42 Handelsstatistik

Es bedarf keines weiteren Kommentars, dass ein potenzielles „Fischland“ wie Schleswig-Holstein für 100 Mio. Euro mehr Fisch- und Schalentiere importieren muss als es exportieren kann.

S. 43 Handelsstatistik

Offensichtlich ist es der Endredaktion nicht aufgefallen, dass Pferde sowohl unter der Kategorie „Tier“ als auch unter Kategorie „Pflanze“ enthalten sind.

S. 47 Food-Coops

Es sollte der Landesregierung möglich sein, den (vermutlich sehr geringen) Marktanteil von Food-Coops zumindest zu schätzen, wenn man dieses Modell so positiv bewertet. Andernfalls entsteht der Eindruck geringer Marktkenntnis und vorschneller Beurteilung.

S. 53 Förderung von Erzeugergemeinschaften

Im fischereilichen Bereich ist die Förderung von Erzeugergemeinschaften durch das Land nicht wahrnehmbar. Der Sitz der neu gegründeten, deutschlandweit tätigen Erzeugergemeinschaft der deutschen Krabbenfischer wurde nach Niedersachsen gelegt.

Demgegenüber unterstützt das Land eine Kommunikationskampagne des Deutschen Fischerei-Verbandes zur Förderung des Ansehens des Sektors grenzübergreifend für alle deutschen Küstenländer in vorbildlicher Weise.

In diesem Zusammenhang wäre von Interesse, inwieweit die potenziell verfügbaren europäischen Mittel zur Fischereiförderung ausgenutzt bzw. ungenutzt zurück fließen.

S. 56 Gütesiegel

Das msc-Gütesiegel für Erzeugnisse aus der Meeresfischerei ist der Landesregierung offensichtlich nicht bekannt.

S. 60 ff. Tourismus und Ernährungswirtschaft

Die Bedeutung der Erwerbsfischerei und ihrer Erzeugnisse als touristisches Alleinstellungsmerkmal mit 2 Meeren und bedeutenden Binnengewässern wurde vom Land erkannt. Im politischen Handeln schlägt sich diese Erkenntnis nicht ausreichend wieder. Hier gibt es noch vielfältige Möglichkeiten, die Fischwirtschaft zum Nutzen des Fremdenverkehrs in Schleswig-Holstein einzusetzen.

S. 62 Vernetzung Tourismus-Ernährungswirtschaft

Die genannten Projekte beinhalten keine Vorhaben mit fischereilichem Bezug. Analog zur Käsestraße wäre z. B. eine Straße der Nordseekrabben entlang der Westküste denkbar.

S. 62 ff. Infrastruktur

Die fragwürdige Schließung des Hafens Friedrichskoog führt zu einem Verlust von wichtiger Infrastruktur.

S. 69 ff Ausbildung

In der Aufzählung der Ausbildungsstätten fehlt die überregional bedeutende und grenzüberschreitend tätige Fischereischule. Hier werden Kutterfischer aus anderen Bundesländern ausgebildet. Die Ausbildungstätigkeit in der Binnenfischerei hat die Schule an Niedersachsen bzw. Bayern abgegeben.

S. 74 Berufsausbildungsstatistik

Die Zahl der Erstausbildungen im Agrarbereich ist in den letzten Jahren rückläufig.

S. 76 Ausbildungsangebot/Fachkräfteversorgung

Wenn die Landesregierung zutreffend feststellt, dass das Ausbildungsangebot ausreichend ist, aber die Bewerbersituation schwierig, dann kann das auch mit den Perspektiven des Sektors im Bundesland im Zusammenhang stehen.

S. 77ff Schulische Bildung

Es ist bemerkenswert, wieviel konzeptionelle Energie und finanzielle Ressourcen das Land für „Verbraucherbildung“ aufwendet. Unter dem Themenbereich „Ernährungswirtschaft“ wäre jedoch zu erwarten, dass auch die Grundlagen wirtschaftlicher Lebensmittelproduktion eine Rolle spielen. Darüber geben die Antworten jedoch keine Auskunft. Vielmehr wird im schulischen Bereich damit begonnen, einen Lebensstil anzuerziehen. Hier sind neben inhaltlichen Aspekten grundsätzliche Konflikte mit den Bildungszielen der Entwicklung individueller Freiheit und Persönlichkeit zu erwarten.

Der „Verbrauch“ natürlicher Ressourcen durch Verbraucher ist potenziell negativ aufgeladen. Eine positive Wertschätzung für die „Erzeugung“ bzw. die Lebensmittelproduktion als Instrument grundlegender Bedarfsdeckung einer wachsenden Weltbevölkerung ist in den Lehrplänen offensichtlich nicht vorhanden. Die naturräumlichen Vorzüge des Landes als Standort einer leistungsfähigen Urproduktion zur Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung be-

inhalten ebenfalls eine moralische Verpflichtung, und zwar dahingehend, dass die Potenziale auch nachhaltig genutzt und verfügbar gemacht werden.

S. 83 Fachkräftesicherung

Der Dialog mit der Ernährungswirtschaft ist eine positive Maßnahme. Hier sollte die Fischerei und die Fischwirtschaft mit ihren spezifischen Bedürfnissen einbezogen werden.

S. 85 Mindestlohn

Der immense bürokratische Aufwand in Verbindung mit dem Mindestlohn ist völlig unverhältnismäßig angesichts der Tatsache, dass nur 1.746 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte eine Verbesserung des Lohnniveaus von 8,33 auf 8,50 Euro/Stunde erfahren. Die betrieblichen Kosten für dieses geringe Ergebnis sind um Größenordnungen höher.

S. 86 Anreize für junge Menschen

Hier sieht die Landesregierung gemäß dem Schlusssatz die Unternehmen in der Pflicht. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Landesregierung hier ausdrücklich zu ihren gestalterischen Möglichkeiten bekennt und davon ebenso Gebrauch macht wie von ihren Möglichkeiten zur Beschränkung der wirtschaftlichen Tätigkeit mit dem Ziel des Naturschutzes.

S. 88 Wissenschaft

Hier ist daran zu erinnern, dass die Vorgängerregierung den erzeugungsorientierten Studiengang Fischereibiologie abgeschafft hat. Dies erweist sich immer noch als großer Verlust für die fischereiliche Erzeugung.

Die gut entwickelte Einrichtung „maricube“ ist auf staatliche Projektförderung angewiesen und arbeitet in vielen Bereichen auf hohem wissenschaftlichen Niveau, ohne die Vernetzung mit den einheimischen Produzenten zu erreichen, die für einen „spin off“ der akademischen Forschung in die heimische Wirtschaft erforderlich wäre.

S. 93 Adipöse Kinder

Der wachsende Anteil fettleibiger Kinder und Jugendlicher ist auf Bewegungsmangel zurückzuführen und lässt sich mit Ernährungsunterricht erfahrungsgemäß nicht verringern.

S. 97 Lebensmittelsicherheit

Es gibt landesweit keine Informationen über konkret eingetretene gesundheitliche Beeinträchtigungen durch die untersuchten Lebensmittel. Dies ist als ein herausragender Erfolg der Lebensmittelerzeugung und –überwachung zu werten und nicht einfach nur beiläufig zu erwähnen.

S. 97ff. Finanzen/Förderung

In der umfangreichen Aufstellung fehlt das fischereiwirtschaftliche Förderinstrument EFF bzw. ab 2015 EMFF. Es fehlen außerdem Einschätzungen der Steuerungseffekte durch die dargestellten Förderinstrumente.

Der ökologische Landbau erweist sich trotz vermeintlich günstigem Marktumfeld als wenig wettbewerbsfähig. Deshalb gab es Berichte über Rückumstellungen auf konventionelle Landwirtschaft in Schleswig-Holstein in überregionalen, meinungsführenden Medien.

Ein „Nachholbedarf“ (S. 106) bei der Förderung des ökologischen Landbaus ist nicht hinreichend begründet. Angesichts der Vielzahl grüner Landwirtschaftsminister in den Vorgängerregierungen ist diese Einschätzung als unzureichender Politikerfolg in der beanspruchten Kernkompetenz grüner Politik zu werten.

S. 109 Investitionsförderung

Es ist bezeichnend, dass im Bereich Fischerei und Aquakultur keine Förderfälle vorgekommen sind. Entweder sind sie europarechtlich unzulässig, dann wäre diese Angabe entbehrlich, oder vorhandene Fördermöglichkeiten waren nicht bekannt und in der Praxis nicht nutzbar.

Abschließende Bewertung:

Die Ernährungswirtschaft Schleswig-Holsteins ist nach wie vor ein hochdiverser und leistungsfähiger Wirtschaftszweig. Sie kann die naturräumlichen Potenziale bei weitem nicht ausnutzen. Die Aufmerksamkeit der politischen Gestalter in der Landesregierung fokussiert sich zu sehr auf Nischenprodukte für elitäre Minderheiten und zu wenig auf die nachhaltige Ausschöpfung der vorhandenen Möglichkeiten. Bestes Beispiel ist die Differenz zwischen möglicher Jahresproduktion von Miesmuscheln in Höhe von 50.000 t, die zu weniger als einem Viertel realisiert werden kann.

Schleswig-Holstein könnte sich sowohl in der reinen Erzeugung als auch in der Vernetzung mit dem Tourismus als Fischland Nummer 1 in der Bundesrepublik profilieren. Diese Chancen werden nur halbherzig bis gar nicht genutzt. Im Vergleich zu Niedersachsen ist die Innovationskraft gering.

Eine wirtschaftspolitisch optimierte Gestaltung der Rahmenbedingungen könnte große Fortschritte für diesen Zukunftssektor erbringen. Dazu ist aber eine am nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg orientierte Politik erforderlich.

Für die Fischerei und Aquakultur könnten Fortschritte erzielt werden, wenn die Zuständigkeit und das Fachpersonal aus dem umweltorientierten Ministerium in das Wirtschaftsministerium übertragen werden. Andernfalls ist ein weiterer Niedergang der wirtschaftlichen Kennzahlen des Fischereisektors zu erwarten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Peter Breckling
Generalsekretär